

Zeitschrift:	Schweizer Schule
Herausgeber:	Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band:	64 (1977)
Heft:	7
Artikel:	"Weltfremdheit" müsste geradezu Bestandteil der Schule sein
Autor:	Horváth, Arpád
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-528676

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 26.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Was meinen Sie dazu?

«Weltfremdheit» müsste geradezu Bestandteil der Schule sein

Wollte man das gesamte Bezugsfeld «Schule und Gesellschaft» umreissen, so wäre eine umfangreiche Studie angebracht. Das Ziel dieser Darstellung muss sich auf einige Thesen beschränken, und zwar im Sinn einer nochmaligen Besinnung auf das, was zum Teil allgemein bekannt, aber selten reflektiert ist. Zudem will meine Darstellung Diskussionsbeitrag sein, woraus sich die allfälligen spitzeren Formulierungen verstanden wissen möchten.

Das Volk und seine Schule

Weder die Schule noch die Gesellschaft kann exakt und für alle Bedürfnisse befriedigend definiert werden. Ohne uns in eine philosophische Spekulation über die Gesellschaft einzulassen, das heisst, ohne die Frage zu erörtern, welche Bezugsinhalte die Einzelmenschen auf das Kollektiv hin bestimmen und motivieren, wollen wir hier unter Gesellschaft einfach das Volk verstehen, namentlich jenes Volk, in dessen Einzugsgebiet die Schule steht. Wir gehen davon aus, dass dieses Volk moralischer, kultureller, finanzieller und juristischer Träger der Schule ist und seine auf diese Weise übernommene Verantwortung entweder direkt (Volksabstimmung) oder indirekt über die Volksvertreter wahrnimmt. Dieses Volk hat, ohne Zweifel, das volle Recht, seine Schule nach seinem Willen und seiner Vorstellung zu bestimmen, zumal die Schule ihm gehört. Die Schule ist somit nicht eine in die volle Unabhängigkeit entlassene Institution.

Wie bestimmt nun das Volk seine Schulen? Im geltenden Erziehungsgesetz des Kantons Luzern steht es: «Paragraph 2, 1.: Die Schulen des Kantons Luzern erstreben in Zusammenarbeit mit dem Elternhaus und den zuständigen Organen der religiösen Bekanntschaft die Erziehung und Ausbildung der Jugend zu tüchtigen, Gott, der Heimat und der Gemeinschaft gegenüber verantwortungsbewussten Menschen. Paragraph 2, 2.: Sie erfüllen diese Aufgabe durch die harmonische Entwicklung der geistig-seelischen und körperlichen Anlagen nach christlichen, demokratischen und sozialen Grundsätzen. Paragraph 3: Der Unterricht hat auf allen Stufen auch der vaterländischen Erziehung zu dienen.»

Breiter Freiheitsraum

Auch wenn der Gesetzesstext auf den ersten Blick den Eindruck konkreter Bestimmtheit erweckt, ist er recht allgemein gehalten. Jedenfalls mutet ich juristisch geschulten Gesetzesinterpreten ohne weiteres zu, dass sie, mit den entsprechenden Differenzierungen, zwischen atheistischen Lehrern und den christlichen Grundsätzen, nach denen diese zu unterrichten hätten, keinen antagonistischen Gegensatz konstatieren, falls der betreffende Lehrer seine atheistische Meinung nicht militant verflicht, sondern diskret verbirgt, was er wahrscheinlich auch tun wird.

Offener positiver Atheismus ist ohnehin ein Grenzfall. Komplizierter wird es, wenn wir nach den christlichen Grundsätzen fragen.

Näheres darüber sagt das Erziehungsgesetz nicht, und man darf annehmen, dass in dieser Frage der Mannigfaltigkeit das Feld gelassen wird. Wie breit dieses Feld ist, zeigt eine kleine Episode. Als vor ein paar Jahren «Spiegel»-Herausgeber Augstein gefragt wurde, ob er ein Christ sei, gab er die Gretchenfrage mit der Gegenfrage zurück: «Wer ist schon nach 2000 Jahren Christentum in Europa kein Christ?»

Nicht besser bestellt ist es um den Begriff der demokratischen Grundsätze. Selbst extrem Linke und extrem Rechte versuchen zu beweisen, dass sie Demokraten, ja dass sie die einzigen Demokraten seien. Auch in den Positionen der Mitte ist der Begriff nicht unbedingt klar. Man könnte nämlich durchaus die Meinung vertreten, dass Demokratie nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch normiert sei, und dementsprechend das Volk nicht nur im politischen, sondern auch im wirtschaftlichen Bereich eine umfassende demokratische Kontrolle irgendwelcher Art und Stärke auszuüben hätte. Sicherlich eine ketzerische Ansicht, die eindeutig auf eine wesentliche Strukturänderung der bestehenden Gesellschaftsordnung tendiert – die aber weder undemokatisch noch antidemokatisch ist.

Damit rutschen wir schon in das Gebiet der sozialen Grundsätze hinein, und da haben wir nun wirklich alles, was eine konkrete Begriffsbestimmung verunmöglicht. Wer ist heute, wenigstens nach Bekenntnis, nicht sozial? Welche Partei oder sonstige politische bzw. weltanschauliche Gruppierung würde nicht mit Entrüstung das Odium des Asozialen oder Antisozialen zurückweisen? Freilich, ich habe volles Verständnis dafür, dass das Erziehungsgesetz Aufgaben und Zielsetzung der Schule so allgemein umschreiben wollte, wie es sie umschreibt. Damit liess es nämlich einen breiten, den demokratischen Pluralismus der Meinungen und Ansichten voll gewährleistenden Spielraum entstehen, einen Spielraum, in dem nur ausgesprochen militante Atheisten, Terroristen und Heimatverräter keinen Platz finden. Aus dieser Intention muss ich aber sogleich schliessen, dass das Volk seiner Schule beinahe maximale Freiheiten einräumte. Und das ist nicht nur ein sehr weiser, sondern auch ein konsequenter Ent-

schluss, wenn die Schule sozusagen Spiegelbild der Gesellschaft sein soll.

Der «Druck von aussen»

Damit ist aber auch schon gesagt, wo und wann zwischen Schule und Gesellschaft, wenigstens theoretisch, Spannungsstellen entstehen können. Auf jeden Druck von aussen reagiert eine Schule empfindlich, da sie darin die Einengung eben ihres Freiheitsraumes erblickt und erfährt. Bei jeder Störung dieser ausbalancierten Pluralität droht sie ja aus dem Gleichgewicht zu fallen. Und je grösser und einflussreicher die Gruppe ist, welche die Schulen zu determinieren versucht, desto grösser ist die Gefahr des Aus-dem-Gleichgewicht-Fallens und desto empfindlicher die Gegenreaktion. Wird die Schule etwa von irgendeiner politisch extremen Schülerorganisation angeastet, so werden dieses Antasten, sei es auch noch so vehement, nur äusserst reizbare Typen als «Druck» empfinden. Würden dasselbe aber mächtige Wirtschaftsverbände oder politische Parteien tun, so fiele die Reaktion anders aus. Daraus ergeben sich – nebenbei gesagt – ab und zu Missverständnisse, als ob die Schule «eher links» stehen würde. Ich meine, hier spielt weniger der Inhalt als die tatsächliche Macht der betreffenden Ideologie eine Rolle. Den Freiheitsraum kann nur die determinierende Macht ernsthaft gefährden, und freie Menschen haben nur vor dieser funktionsmächtigen Macht Angst.

Die Abwehrstellung der Schule resultiert allerdings auch aus dem Umstand, dass sie selber über keine funktionale Macht verfügt, und Lehrer und Schüler werden auch konsultativ nur selten befragt. Zwar kann man sich zum Beispiel einen Lehrerstreik in einer Grenzsituation vorstellen, aber eher nur so, wie man sich die Marsmenschen in einem Science-Fiction-Roman vorstellt. Und in den düsteren Zeiten des sogenannten Lehrerüberflusses ist ein Lehrerstreik sowieso noch um einiges illusorischer geworden, als er dies schon war.

Eine Art wunschlosen Unglücks

Der «Druck von aussen» ist freilich theoretische Überlegung. Untersucht man den gegenwärtigen Istzustand Schule-Gesellschaft,

so sieht man, dass die vorhandenen Spannungen sehr gering, ja sogar geringer sind, als es zu wünschen wäre. Das zeigt, dass der Schule von seiten der Gesellschaft äußerst minimale Impulse gegeben werden. Man schätzt Ruhe, Ordnung und Frieden offensichtlich so hoch ein, dass man gewillt ist, dafür Stagnation in Kauf zu nehmen. Gerechterweise muss man immerhin sagen, dass auch die Schule der Gesellschaft kaum Impulse vermittelt. Aus den womöglich zahlreichen Gründen möchte ich nur einige herausgreifen.

Die Lehrkörper sind meistens heterogen, doch sehr loyal eingestellt. Daraus folgt, dass Themen, an denen sich die Gemüter erhitzen könnten, bewusst, aber in einer Art eingeübter demokratischer Selbstdisziplin auch schon instinktiv gemieden werden. Nichts befürchtet man so sehr wie eine Polarisation der Lehrerschaft. Das hat dann zur Folge, dass auch der kreative Geist nicht zündet. Mit der Erhebung des Geistes aus dem Durchschnittlichen ging es noch nie ohne einen gewissen Krach ab. Man weiss es offensichtlich zu genau.

Ausserdem würde eine weitgehende Umgestaltung der Schule derart viel Energie, Arbeit und Zeit abfordern, dass eine solche Umgestaltung, verbunden mit dem hochgradigen Risiko des Misserfolges, praktisch alle abschreckt. Das muss schon ein ganz verwegener Idealist sein, der es dennoch versucht, und eben: In einer realistisch-pragmatischen Gesellschaft hat diese Menschenart kaum nennenswerte Chancen. Sie hat die Chancen schon deshalb nicht, weil die Schule von vornherein angehalten ist, realistisch zu argumentieren, das heisst, ihre Ansichten auf die zu erwartenden politischen und finanziellen Kompromisse hin zu gestalten. Somit erfährt die Gesellschaft auch nie, was die Schule tatsächlich fühlt, wünscht und möchte. Und was noch bedenklicher ist: Die permanente Verdrängung der «irrealistischen Wunschbilder» hindert sowohl Lehrer als auch Schüler daran, Wünsche formulieren zu können, ja überhaupt solche zu haben.

Ich möchte die Berechtigung der realpolitischen Denkweise nicht in Frage stellen. Sie ist – für Politiker – eine demokratische Notwendigkeit. Für Lehrer, Schüler und Schule ist sie aber ein Hindernis des Selbstver-

ständnisses, der Selbstdarstellung, eine Beeinträchtigung der Selbstentfaltung und überhaupt ein Hemmnis der Entwicklung. Darum soll man das gegenwärtige gute Einvernehmen zwischen Schule und Gesellschaft zwar schätzen, doch nicht überschätzen. Vielfach gründet die Spannungslosigkeit in diesem Verhältnis auf verdrängten Wünschen und Meinungen, um so mehr, als im realpolitisch beherrschten Bezugsfeld niemand gerne als Spinner, Illusionist, «weltfremder» Idealist usw. hingestellt sein möchte.

Werkstatt der Zukunft?

Und dabei sollte die verrufene «Weltfremdheit» geradezu ein Bestandteil der Schule sein, falls unter Welt nur das Gegenwärtige, das Bestehende gemeint ist. Die Schule ist nämlich, bei aller notwendigen Wirklichkeitsrelevanz, Werkstatt der Zukunft. Sie ist sozusagen Geburtsort des zukünftigen Volkes – freilich ohne dass sie sich anmassen dürfte, die einzige legitime Mutter des von allen Seiten umworbenen neuen Menschen zu sein. Somit trägt der Lehrer zwar die Verantwortung für das Gegenwärtige, noch mehr aber trägt er sie für das Zukünftige, für etwas also, was zurzeit fremd, ja weltfremd sein kann, morgen jedoch möglicherweise handfeste Realität sein wird. Damit ist bereits angedeutet, dass die Zukunft nicht einfach empirische Reproduktion des Gegenwärtigen ist, dass sie vielmehr aus dem Gegenwärtigen herauswächst und es eventuell wesentlich verändert. Diese Änderung muss prinzipiell mindestens als Möglichkeit eingeräumt werden, wenn man nicht von vornherein davon ausgeht, dass die gegenwärtige Welt jene Stufe der Vollkommenheit erreichte, die nur noch zu reproduzieren sei.

Vor allem in der Zeit der Rezession sollten sich die verantwortlichen Instanzen solcher Zusammenhänge bewusst werden. In einer Zeit, in der ohnehin die Tendenz vorherrscht, das Vorhandene zu halten (stellenweise zu reduzieren) und in die Zukunft nichts mehr zu investieren, läuft man Gefahr, die Schule zunehmend auf das Gegenwärtige zusammenzudrücken und die Bildung zur Sparmaßnahme Nr. 1 zu machen. Man wird sehen müssen, dass in der heutigen Situation Schule, Lehrer und Schüler mehr als je,

bzw. erst recht der Gesellschaft ausgeliefert sind. Neben den normalen Symptomen der Rezession bieten der sogenannte Lehrerüberfluss und der drohende Numerus clausus ohne Zweifel verführerische Möglichkeiten der Einschüchterung und der Versuchung, endlich einmal «den Meister» zu zeigen. Noch nie seit zwanzig Jahren war die Zeit so günstig wie heute, auf den gegenwärtigen Freiheitsraum der Schule Druck auszuüben bzw. brave Untertanen zu erziehen.

Aber es wäre verhängnisvoll, der Versuchung der Stunde zu erliegen. Der Freiheitsraum der Schule ist identisch mit ihrem Lebensraum. Dieser darf nicht zum blossem Satelliten des Bestehenden reduziert werden! Die Schule hat sich – wie bisher – mit Ideen, Gedanken, Strömungen, Versuchen auseinanderzusetzen, auch mit solchen, die heute (noch) keine Wirklichkeit sind. Das

kann sie nur in Freiheit tun. Die jungen Menschen selbst sollten – was auch früher zu wenig geschah – zur Freiheit erzogen werden, das heisst, sie sollten sich so, wie sie sind, ohne Angst geben können. Das setzt, ausser der unbefangenen Atmosphäre der Freiheit, kritisches Bewusstsein, den prüfenden Blick des kritischen Geistes voraus. Die gegenwärtige Gesellschaft ihrerseits muss sich den kritischen Augen der jungen Menschen – falls diese kritischen Augen wieder einmal aufblitzen – stellen.

Und genauso wie die Eltern von ihren Kindern nicht Besitz ergreifen dürfen, soll auch die Gesellschaft sich ihrer Schule nicht bemächtigen. Sie soll ihr die Möglichkeit geben, sich selbst sein zu dürfen in der Gegenwart und anders sein zu können für die Zukunft.

Arpád Horváth
in: LNN Nr. 290/76

Aktuelle Kurzmeldungen der «schweizer schule»

CH: Erziehungsdirektoren zu Reformen

Die Konferenz der nordwestschweizerischen Erziehungsdirektoren hat im Hinblick auf die Einführung des Französischunterrichtes in der Primarschule Kredite für die Ausbildung der Kader sowie für die sprachliche Aus- und Fortbildung der Primarlehrer bewilligt. Vorgesehen ist auch die Durchführung einer «Motivationstagung» für Romanisten der Lehrerbildungsstätten, wurde in einer Mitteilung des Sekretariates der Konferenz bekanntgegeben.

In ihren weiteren Verhandlungen nahm die Konferenz Kenntnis von einem Strukturplan für den Mathematikunterricht auf der Oberstufe sowie von Lernzielen für einen koordinierten Mathematikunterricht im 1. bis 4. Schuljahr. Zum Bericht «Lehrerbildung von morgen» wurde eine zusammenfassende Darstellung der kantonalen Stellungnahmen verabschiedet. Hingegen wurde darauf verzichtet, regionale Empfehlungen zur Lehrerbildung zu diskutieren und zu beschliessen.

CH: Mittelschüler möchten Numerus clausus verhindern

In einem offenen Brief bittet der Verband Schwei-

zerischer Mittelschüler (VSM) die eidgenössischen Parlamentarier, bei der Beratung des neuen Hochschulförderungs- und Forschungsgesetzes alles zur Verhinderung des Numerus clausus zu tun. Wie der Präsident und der Sekretär des Verbandes, Felix Hof und Gregor Binkert, an einer Pressekonferenz erklärten, würde der Numerus clausus die Matura abwerten und den Zweck der Mittelschule überhaupt in Frage stellen.

Der VSM wurde 1969 gegründet und verfolgt heute nach seinen eigenen Angaben eine gemässigtere Linie als damals. Seit Anfang Februar sammelte er an den Schweizer Mittelschulen Unterschriften für den offenen Brief an die eidgenössischen Räte. Bisher unterschrieben etwa 3000 Mittelschüler.

Ein Mittelschüler, der nicht die Universität besuchen kann, sitzt nach Ansicht des VSM zwischen Stuhl und Bank, weil die Mittelschule keine Berufsausbildung vermittele, sondern ausschliesslich auf die Hochschulreife ausgerichtet sei. Der VSM kritisiert vor allem den ungeheuren Notendruck, dem die Schüler mit einem Numerus clausus ausgesetzt wären.